

Dringlichkeitsantrag für die Stavo am 7. Dezember

Resolution zur geplanten Neuordnung des Ärztlichen Bereitschaftsdienstes
Mittelhessen im Landkreis Gießen zum 1. Januar 2017

1. Die Stadtverordnetenversammlung spricht sich für eine Sicherstellung der ambulanten medizinischen Versorgung der Patientinnen und Patienten in Stadt und Landkreis Gießen an sieben Tagen rund um die Uhr aus.
2. Die Stadtverordnetenversammlung kritisiert die erneute Verschlechterung der Qualität des Ärztlichen Bereitschaftsdienstes im Landkreis Gießen ab dem 1. Januar 2017.

Bereits 2015 wurde das seit 2011 sehr gut neuorganisierte und hervorragend funktionierende System im Landkreis Gießen mit der hessenweite „Reform“ des ÄBD durch die Kassenärztliche Vereinigung qualitativ verschlechtert.

Vor allem die Einführung der einheitlichen Rufnummer 116117 und die Disposition über nur noch zwei landesweite Callcenter führten für die Einwohner Laubach, des Ostkreises und des gesamten Landkreises zu einer spürbaren Verschlechterung. Dadurch kam es zu einer deutlichen Fallzahlsteigerung in den Notaufnahmen der örtlichen Kliniken und zu ca. 10 % mehr Einsätzen im Rettungsdienst (Notruf112) bei gleichzeitig abnehmenden Fallzahlen in den ÄBD-Ambulanzen, weil die Patienten lange Wartezeiten nicht akzeptieren konnten. Die volkswirtschaftlichen Auswirkungen waren für alle Akteure deutlich spürbar.

3. Die Stadtverordnetenversammlung protestiert gegen die Umstrukturierung beziehungsweise Schließung der bisher für Laubach zuständigen Notdienstzentrale in Grünberg. Die Fortführung der Zentralen nur für Hausbesuchsdienste trägt der ambulanten medizinischen Versorgung nicht ausreichend Rechnung.
4. Die Stadtverordnetenversammlung sieht in der Schließung der Notdienstzentralen eine weitere Verschlechterung der Patientenversorgung besonders im östlichen Landkreis.

Deshalb fordern wir die Kassenärztliche Vereinigung Hessen auf, die ambulante medizinische Versorgung abends und am Wochenende auf hohem Niveau und in der Fläche des Landkreises zu gewährleisten, ohne hierbei qualitative Verschlechterungen herbeizuführen. Die Notdienstzentralen in Grünberg, Linden und Lollar dürfen nicht geschlossen werden!

In diesem Zusammenhang fordern wir zukünftig die Einbeziehung in solche einschneidenden Entscheidungen, die die medizinische Versorgung der Einwohner betreffen.

M. Habel
S. Maibang
H. Frank

Dr. Hoff
Ralf Jahn
Kirsten Schulz
Ulrich Roescher